

Informationsveranstaltung «Alterswohnen in Hüntwangen»

Senioren sollen bleiben können

ALTERSWOHNEN – In Hüntwangen fehlt es an Alterswohnungen. Die Gemeinde hat dies erkannt und wird aktiv. Vergangene Woche wurde eine Studie dazu vorgestellt.

Daniel Thüler

Hüntwangen. Die Gemeinde Hüntwangen verfügt über keine altersgerechten Mietwohnungen mit individuell nach Bedarf abrufbaren, ergänzenden Dienstleistungen (beispielsweise Notfallruf, Reinigung, Verpflegung oder Taxi) für ihre älteren Einwohnerinnen und Einwohner. «Oft werden diese erst ausserhalb der Gemeindegrenze fündig, wenn sie von solchen Angeboten profitieren wollen», sagt Gemeindepräsident Matthias Hauser an der Informationsveranstaltung vom vergangenen Mittwoch zu diesem Thema. «Es bedeutet für sie einen grossen Einschnitt, wenn sie nicht in der Gemeinde und damit in ihrem sozialen Umfeld bleiben können.» Es seien mehr als einmal Gespräche mit Betroffenen unter Tränen geführt worden.

«Wir haben deshalb bei Elisabeth Villiger aus Eglisau, CEO der Oase Service AG, eine Studie in Auftrag gegeben, die den Bedarf an altersgerechtem Wohnraum für Hüntwangen beziffern, aktuelle Trends identifizieren und mögliche Trägerschaftsformen aufzeigen soll.» Zwar gebe es die Pflegewohngruppe Rössli oder den Verein Spitex am Rhein, doch diese würden sich



Orientierten über die Vorstudie zum Alterswohnen: Gemeinderat Christoph Häberli, Elisabeth Villiger, Oase Service AG, und Gemeindepräsident Matthias Hauser (v.l.). Bild: Daniel Thüler

an Seniorinnen und Senioren mit akutem Pflegebedarf richten.

Nachfrage nach Alterswohnungen steigt

Wie Elisabeth Villiger erklärt, habe Hüntwangen von 1980 bis 2014 ein erhöhtes Bevölkerungswachstum verzeichnet. Das prognostische Wachstum werde auf 18 Prozent geschätzt, was für Hüntwangen 2040 rund 1200 Einwohnende bedeute. Ebenfalls zugenommen habe die Anzahl Seniorinnen und Senioren im Alter von über 65 Jahren, Tendenz weiter steigend. «Die Menschen in der Schweiz bleiben zunehmend auch im hohen Alter lange rüstig», sagt sie. «Nur eine Minderheit betrachtet den Wechsel in ein Alters- oder Pflegeheim als wünschenswert.» Ein Altersheim wer-

de erst ab dem 80. Altersjahr vermehrt als Möglichkeit gesehen, ein Pflegeheim sogar erst ab dem 85. Altersjahr. «Dies bedeutet, dass die Nachfrage nach Altersheimplätzen weiter sinken und das Bedürfnis nach Alterswohnungen mit Serviceleistung nach Bedarf und nach Alterswohngemeinschaften zunehmen wird. Auch werden die Angebote der ambulanten Pflege weiter ausgebaut», erklärt die Studienverfasserin. «Die Pflegeheime werden zudem öfters hochbetagte Menschen betreuen, die kürzer bleiben und schwerer krank sind. Auch werden die Demenzerkrankungen zunehmen, weshalb die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Menschen mit Demenz steigen wird.»

Wie Gemeinderat Christoph Häberli erklärte, sei deshalb der Bau von Alters-

wohnungen mit Anbindung an ein Notrufsystem und modularen Dienstleistungen nach Bedarf der zu empfehlende Weg. «Die Grösse der Alterswohnbauten ist stark abhängig vom gewünschten Wohnungsmix, von der Preisgestaltung und vom Grundsatz, ob eine Generationendurchmischung gewünscht ist. «Ein Neu- oder Umbau in der Nähe zu einer bestehenden Pflegeeinrichtung ist unbedingt anzustreben», sagt er. «So können Synergien genutzt werden – ein Alleingang käme viel teurer, zudem ist so unter Umständen ein Wechsel innerhalb geringer Distanz möglich und Paare könnten in räumlicher Nähe bleiben, sollte einer von beiden schwer pflegebedürftig werden.» Als mögliche Trägerschaftsformen der Alterswohnung sieht Christoph Häberli eine Stiftung oder eine Genossenschaft, da diese gegenüber privaten Investoren weniger renditeorientiert sind.

Standorte sollen evaluiert werden

Hüntwangen will nun mögliche Liegenschaften und Bauparzellen evaluieren, die die Anforderung bezüglich altersgerechten Wohnungen erfüllen. «Wer solche besitzt, ist herzlich eingeladen, sich bei uns zu melden», sagt Christoph Häberli. «Wir werden nur Standorte in die Evaluierung einbeziehen, die von den Besitzern selbst als verfügbar gemeldet werden.» Zudem prüfe die Gemeinde die Zusammenarbeit mit bestehenden Pflegeeinrichtungen, um Synergien zu nutzen und um zu schauen, wie die Umsetzbarkeit unterschiedlicher Trägerformen ist.